

Vandalismus

Garage und Autos beschädigt

MAUREN/SCHAAN/VADUZ In den vergangenen Tagen kam es in Liechtenstein zu mehreren Sachbeschädigungen. Wie die Landespolizei am Montag weiter mitteilte, besprayed eine unbekannte Täterschaft im Zeitraum von Freitagabend bis Samstagmittag ein Garagentor in Mauren mit schwarzer Farbe, in Schaan und in Vaduz wurde den Angaben zufolge jeweils eine Scheibe eines Autos durch eine unbekannte Täterschaft beschädigt. Es entstand insgesamt ein Sachschaden von mehr als 1500 Franken. (red/lpfl)

«Volksmund»

Zu schön, zu urchig, um in Vergessenheit zu geraten

SCHAAN Das «Volksblatt» stellt in loser Folge Dialektbegriffe vor, die der jüngeren Generation mitunter bereits nicht mehr geläufig sein dürften. Natürlich greifen wir auch hierbei gerne auf das diesbezüglich breite Wissen unserer Leserschaft zurück. Kritik, Lob und Vorschläge sind willkommen - und erreichen uns unter der folgenden E-Mail-Adresse: redaktion@volksblatt.li. (red)



Gügge

GEBRATENES HÄHNCHEN

HÖT ZMITTAG GITS GÜGGILE.

Infrastrukturminister Risch: «Jede Brücke ist eine gute Brücke»

Besprochen Dass Liechtenstein wieder über dem Berg ist, zeigte sich an der Veranstaltung des Liechtensteiner Presseclubs vom Montagabend. Dort zogen die beiden neuen Regierungsmitglieder eine positive Bilanz ihrer ersten 100 Tage.

VON DORIS QUADERER

Vor vier Jahren hatten die neuen Regierungsmitglieder an der Veranstaltung des Liechtensteiner Presseclubs (LPC) zum Thema «100 Tage Regierung» noch ganz andere Brocken zu diskutieren gehabt: Damals war der Staatshaushalt in Schieflage, in der staatlichen Pensionskasse klappte ein 300-Millionen-Franken-Loch, die AHV und die Krankenversicherung mussten reformiert werden. Verglichen mit diesen Knacknüssen muteten die gestern Abend an der LPC-Veranstaltung diskutierten Themen geradezu harmlos an: Brücken, Biber, Bildung, Telecom, Verkehr und Schulbauten waren die Schwerpunkte der einstündigen Diskussion.

Historische Provisorien schlappen

Im Publikum könne sich niemand daran erinnern, dass eine Regierungsvorlage im Landtag mit 24 zu 1 abgelehnt worden sei. Das habe bisher nur die jüngst verworfene Schulbauprovisoriums-Vorlage geschafft, stellte Moderator Peter Rutz eingangs fest. Daniel Risch trug die historische Schlappe mit Fassung - «cool» sei diese Niederlage zwar nicht gewesen, aber durch die Diskussion im Landtag habe er frischen Input für eine neue Vorlage bekommen. Er stellte jedoch klar: «Um Provisorien werden wir nicht herumkommen - es braucht rasche Lösungen.»



100-Tages-Bilanz: Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch und Regierungsrätin Dominique Gantenbein fühlen sich in der Regierung wohl - trotz diverser «Baustellen», welche es zu meistern gilt. (Foto: Paul Trummer)

Das Thema «Brücken» brannte insbesondere einigen Personen im Publikum unter den Nägeln. In der Bevölkerung schein die Jubiläumsbrücke keinen grossen Rückhalt zu haben, stellten Personen im Publikum fest. Ebenso kritisch werde die Langsamverkehrsbrücke gesehen, welche künftig Buchs und Vaduz verbinden soll. Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch konnte hingegen beiden Brücken etwas Positives abgewinnen. «Jede Brücke ist eine gute Brücke - rein schon von der Symbolik her», hielt er fest. Während die Jubiläumsbrücke in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinden fällt und er sich daher dazu nicht weiter äusserte, betrifft die Langsamverkehrsbrücke sein Ressort Verkehr. Er zeigte nochmals den langen grenzüberschreitenden Prozess auf, welcher zu dem Brückenprojekt geführt hatte und wunderte sich: «Wenn man eine Strasse baut, dann rufen alle: Das

gibt Mehrverkehr. Wenn man eine Brücke für Fahrräder baut, dann heisst es: Da fährt kein Mensch drüber.» Weniger positiv steht Risch dem S-Bahn-Projekt gegenüber. Wenn Österreich nicht zum ursprünglichen Finanzierungsmodell zurückkehre, dann sehe er «dunkelschwarz» für die S-Bahn, stellte er klar.

Telecom - Es soll besser werden

«Rot» sieht Daniel Risch bezüglich Telecom. Diese Ausfälle seien in der Zwischenzeit schon fast zur Gewohnheit geworden, klagte der Minister, das dürfe so nicht weitergehen: «Wir sind daran, eine deutliche Verbesserung zu erreichen», versprach er. Auch Innenministerin Dominique Gantenbein erklärte, dass die Polizei zusammen mit der Telecom nochmals genau prüfen müsse, weshalb es zu einem Ausfall beim Alarmsystem gekommen sei. Beim Alarm gebe es ganz verschiedene Systeme, da müsse man

schauen, dass das auch unabhängig vom Telefonnetz funktioniere.

Hochdruck bei Biber und Bildung

Auch sonst hat Gantenbein noch einige «Baustellen». Noch vor der Sommerpause will die Umweltministerin ein Biberkonzept vorlegen: «Ja, das ist spätestens in einer Woche, die Zeit wird knapp.» Auch bezüglich der Primarschuldauer sei ein Team des Schulamtes mit Hochdruck dabei, einen Bericht fertigzustellen. Dieser soll die Vor- und Nachteile von fünf oder sechs Jahren Primarschule aufzeigen. Die Frage, wie sie persönlich als ausgebildete Pädagogin dazu stehe, beantwortete sie nicht konkret. Sie liess einzig wissen, dass es schon sehr gute Gründe geben müsse, um das bisherige System über den Haufen zu werfen. Es gehe darum, ein Ziel zu definieren und zu sehen, wie man dieses am besten erreiche.

Änderung im Besteuerungsrecht von St. Galler Spitalangestellten: «Gerechtfertigt und längst überfällig»

Systemwechsel Dass in Liechtenstein wohnhafte Angestellte der öffentlichen Spitäler des Kantons St. Gallen künftig in der Schweiz besteuert werden, sorgt für Ärger bei den Betroffenen. Der St. Galler Kantonsrat Benedikt Würth kann den Missmut nachvollziehen.

VON DORIS QUADERER

Die Mitteilung, dass ab 2018 Liechtensteiner Spitalangestellte sowie Lehrpersonen des Berufsbildungszentrums Buchs (BZB) künftig in der Schweiz ihre Steuern zahlen müssen, veranlasste einige Betroffene dazu, einen offenen Brief an die Liechtensteinische Regierung zu schreiben. Darin legten die Betroffenen dar, dass dies eine Lohneinbusse von 20 Prozent zur Folge habe. Sie verlangten mehr Unterstützung von der Liechtensteiner Regierung. Doch der Handlungsspielraum auf liechtensteinischer Seite des Rheins ist gering. Denn die Beurteilung, welche Betriebe als öffent-

lich-rechtliche Institutionen mit gemeinsamer Trägerschaft gelten, ist nach dem Abschluss des Doppelbesteuerungsabkommens mit der Schweiz überarbeitet worden.

Spitalfinanzierung geändert

Bei den St. Galler Spitalern war die Änderung der Spitalfinanzierung ausschlaggebend - seit der Einführung der Fallkostenpauschalen im Jahr 2012 leistet Liechtenstein keine direkten Beiträge an die Spitäler mehr, weil gewisse Investitionsbeiträge in der neuen Finanzierung bereits inkludiert sind. Folglich gilt Liechtenstein nicht mehr als gemeinsamer Träger des Spitals. Und wenn es keine «ge-

meinsame Trägerschaft» gibt, dann werden die Arbeitnehmer von öffentlichen Institutionen am Arbeitsort besteuert (siehe Hintergrund rechts) Die Systemänderung beim Spitalpersonal sei also kein «Schnellschluss» gewesen, sondern ein längerer Prozess, erklärte der zuständige St. Galler Regierungsrat Benedikt Würth auf Anfrage: «Dass der Wechsel im Besteuerungsrecht bei den Beteiligten keine Freude auslöst, kann ich nachvollziehen. Aus meiner Sicht und auch aus Sicht der Schweiz ist aber eine Anpassung im Besteuerungsrecht sachlich klar gerechtfertigt und zeitlich überfällig.» Ausserdem fügte Würth bei: «Auch wenn für die Spitalangestellten die Quellensteuer im Kanton St. Gallen zu einer Mehrbelastung gegenüber der Besteuerung in Liechtenstein führen mag, so beurteile ich die Steuerbelastung im Kanton St. Gallen als moderat.» Abgesehen davon sei die St. Galler Regierung beim Abschluss der Vereinbarung durchaus wohlwollend gewesen, so gelte die Neuregelung erst ab dem 1. Januar 2018. Regierungschef Adrian Hasler hatte sich für eine spätere Einführung stark gemacht.

auch dieses als öffentlich-rechtlich und so dürfen alle Angestellten dort ihre Steuererklärung in Liechtenstein abgeben. Wie der interimistische Spitaldirektor Karl-Anton Wohlwend auf «Volksblatt»-Anfrage sagte, helfe das bei der Rekrutierung von Fachkräften natürlich. Er habe in den letzten Wochen Anfragen von mehreren Personen erhalten, so Wohlwend. Allerdings räumte er ein, dass der Lohn oder die Frage, wo man Steuern zahle, bei Bewerbungen eine eher untergeordnete Rolle spiele. So sieht das auch Benedikt Würth. Er befürchtet nicht, dass aufgrund dieses Systemwechsels nun alle liechtensteinischen Fachkräfte die St. Galler Spitäler verlassen werden. «Bei dem Entscheid, welchen Arbeitgeber man auswählt, ist die Steuer nur eines von vielen Kriterien», so Würth.

Hintergrund

Wann Grenzgänger wo Steuern zahlen

Um zu vermeiden, dass Grenzgänger in zwei Ländern steuerpflichtig sind, sehen einige Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) - vor allem solche zwischen Nachbarstaaten - eine spezielle Grenzgängerregelung vor. Im Regelfall müssen in dem Land Steuern entrichtet werden, in dem der Wohnort liegt. Arbeitet die Person jedoch im öffentlichen Dienst, werden die Steuern auf den Lohn in der Regel ausschliesslich am Arbeitsort erhoben. So zahlen die Grenzgänger aus der Schweiz, welche bei der Liechtensteinischen Landesverwaltung, in öffentlichen Schulen oder bei gewissen juristischen Personen des öffentlichen Rechts angestellt sind, auf ihren Lohn in Liechtenstein Steuern. Gleichermassen zahlen Lehrpersonen oder Kantonsangestellte, welche von Liechtenstein in die Schweiz pendeln, im jeweiligen Kanton Steuern. Davon gab es bislang eine Ausnahme für Spitalangestellte des Kantons St. Gallen sowie für die Lehrpersonen des BZB, weil Liechtenstein bisher Mitträger der genannten Institutionen war. Da Liechtenstein aufgrund der Änderung in der Finanzierung dieser Institutionen nicht mehr Mitträger ist, fällt das Besteuerungsrecht nunmehr dem Kanton zu. Vorliegende Änderung der Besteuerung ist daher nicht auf das neue DBA mit der Schweiz zurückzuführen, sondern auf die Änderung in der Trägerschaft der Institutionen. (dq)

Rechenbeispiele

Steuerbelastung im Vergleich

Es ist nicht einfach, die Steuerbelastung zwischen zwei Ländern zu vergleichen. Schliesslich gibt es unterschiedliche Abzüge oder Zusatzleistungen. Aber mithilfe des Steueramtes Grabs konnten die Daten für Grenzgänger in Grabs ermittelt werden. Die Rechenbeispiele zeigen die Steuerbelastung für alleinstehende Personen ohne Vermögen, welche in Liechtenstein besteuert werden, verglichen mit der Summe, welche sie als Grenzgänger im öffentlichen Dienst (Wohnort FL/Arbeitsort CH) zu bezahlen haben. Der Unterschied ist happig. (Die Daten aus der Schweiz sind exklusiv Kirchensteuer.)

Brutto-Jahreseinkommen	Steuerbelastung FL	Steuerbelastung CH
60 000	2404	6048
80 000	4223	10 080
100 000	6351	14 600
150 000	12 718	27 000

Quelle: Steuerstatistik 2015, Amt für Statistik (FL)/ Tarifblatt A Quellensteuer 2017, Steueramt SG

Anfragen ans Landesspital

Freuen über diese neue Regelung kann sich hingegen das liechtensteiner Landesspital. Schliesslich gilt

SG-Regierungsrat Benedikt Würth: «Die Systemänderung war kein Schnellschuss, sondern ein längerer Prozess.» (Foto: ZVG)

